IgFob
c/o Sandra Johnston
Alperosenstrasse 16
70563 Stuttgart

Email: igfob-vaihingen@web.de
Homepage: www.igfob-vaihingen.de

IgFOB, c/o S. Johnston, Alpenrosenstr. 16, 70563 Stuttgart

Liebe Mitglieder im Umwelt- und Technikausschuss des Stuttgarter Gemeinderats,

Ihre Tagesordnung für Dienstag, den 17.2.2009 sieht vor, Sie in nichtöffentlicher UTA-Sitzung über die Investorenauswahl und das Gutachterverfahren für den Wettbewerb zur Bebauung des Aurelis-Geländes am Vaihinger Bahnhof (FOB Vaihingen) zu informieren und Sie darüber ggf. auch schon entscheiden zu lassen.
Am Abend soll der Bezirksbeirat Stuttgart-Vaihingen informiert werden.

Ursprünglich war zugesichert worden, dass der Gemeinderat unter Einbeziehung mindestens des Bezirksbeirats Vaihingen, aber auch der Öffentlichkeit, über **Eckpunkte und Kriterien** für diesen Wettbewerb beraten werde.
Auf der Grundlage sollten dann mögliche Investoren angesprochen und in Form eines Wettbewerbs auswählt werden (vgl. auch GR-Antrag der Grünen 36/2009 vom 30.1.2009).

Sollten die Vorgaben für den Wettbewerb nun schon stillschweigend in Absprache zwischen dem Immobilienverwerter und Grundstückseigentümer Aurelis und der Abteilung Wirtschaftsförderung festgelegt worden sein?

Das Unternehmen Aurelis hat seine Vorstellungen ja längst im Stuttgarter Immobilienbrief präsentiert. Um deren Pläne zu realisieren, wäre kein Wettbewerb erforderlich. Dafür müsste auch die Stadt Stuttgart keinen Bebauungsplan aufstellen, sondern hätte das Verfahren gleich ganz dem Grundstückseigentümer überlassen können. Art und Maß der Nutzung wären dann:

- 16.000 m² Büro,
- 3.000 m² Einzelhandel,
- 6.500 m² Hotelhochhaus,
- 3.000 m² FOB

Die Bebauung nach den Vorstellungen von Aurelis

Leider sind die Pläne der internationalen Immobilienspekulanten, in deren Besitz sich Aurelis befindet, allein an kurzfristigen Höchstprofiten orientiert und im Ergebnis das schiere Gegenteil einer vorausschauenden sozialen, am Menschen orientierten Stadtentwicklung.

Die Übernahme der Aurelis-Vorstellungen wäre für die Entwicklung des Stadtbezirks Vaihingen und die Lebensqualität der dort wohnenden Menschen von großem Nachteil.
Bitte bedenken Sie:

Der Stadtbezirk Vaihingen hat 45.000 Einwohner und über 60.000 Arbeitsplätze. Entsprechend diesem einzigartigen Missverhältnis ist das Verkehrsaufkommen durch Berufspendler erdrückend und die Parkplatznot gerade im Gewerbegebiet und den benachbarten Wohngebieten schon heute enorm.

Der Bau weiterer Bürogebäude würde dieses Ungleichgewicht von Wohnen und Arbeiten noch vergrößern und das Verkehrsaufkommen der Pendler, die in Vaihingen keine bezahlbaren Wohnungen finden, deutlich steigern.
Für die Ansiedlung weiteren Einzelhandels besteht spätestens seit der Fertigstellung der Schwaben-Galerie kein Bedarf mehr; weitere Einzelhandelsflächen würde nur den Verdrängungswettbewerb im Ortszentrum und den umliegenden Ortsteilen verschärfen, wie dies ja auch eine jüngst von der Stadt in Auftrag gegebene Studie über die Situation des Einzelhandels bestätigte. Auch ein Hotel, hundert Meter entfernt vom vorhandenen Pullmann Hotelhochhaus, ergibt wenig Sinn.

Was demgegenüber dringend benötigt wird, sind bezahlbare Mietwohnungen.
Das Gelände am Vaihinger Bahnhof stellt dafür eine hervorragende Möglichkeit dar. Es könnte die fragwürdige und problematische Überbauung der letzten Frei- und Erholungsflächen in Vaihingen, Möhringen und Sonnenberg ersetzen. Ein solcher „Städtebau der kurzen Wege“ könnte dazu beitragen, den Pendlerverkehr zu reduzieren. Auf den über 20.000 m^2, die im Planungsgebiet zur Verfügung stehen, sind auch bei lockerer Bebauung mit genügend Abstand zum Bahnbetrieb und der Wiederherstellung großzügiger Grünbereiche 150 bis 200 Wohneinheiten zu realisieren.

Wir appellieren deshalb hier noch einmal nachdrücklich an Sie als unsere gewählten politischen Vertreter: Lassen Sie sich nicht von der Verwaltung und Immobilienspekulanten hinter verschlossenen Türen überrumpeln.
Folgen Sie lieber dem Rat, den der ehemalige Hamburger Senator M. Naumann zum Umgang mit Aurelis-Grundstücken gibt: „Solche Finanzinvestoren sind an sozialer Stadtentwicklung nicht interessiert, sondern an schnellen Gewinnen, die sich einzig und allein durch hochwertige und teure Immobilien erzielen lassen. **Es gilt nun, sich nicht beirren zu lassen und das Gelände nicht nach einer Verwertungstaktik zu entwickeln, sondern im Dialog mit Fachwelt und Bürgern eine zukunftsfähige Masterplanung für das Gelände auf den Weg zu bringen**.“

Unsere Bitte an Sie: Treffen Sie am 17.2. im UTA keine vorschnellen Festlegungen im Geheimen, sondern verlangen Sie von der Verwaltung ein offenes Verfahren, so dass die Entscheidung tatsächlich bei Ihnen liegt, nicht beim Investor und auch nicht bei der Verwaltung.

Und: Geben Sie den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit, sich zugunsten einer wohlabgewogenen Planung in das Verfahren einzubringen.

Mit freundlichen Grüßen von der IgFOB,
Gerhard Wick, Sabine Mika, Martin Mika, Franz Schmeller, Gerhard Widmaier,
Kristin C. Wedekind, Bernd Joergens